

Antrag

der Abgeordneten Uwe Witt, Jürgen Pohl, Martin Sichert, Norbert Kleinwächter, Martin Hebner, Jörg Schneider, Marc Bernhard, Matthias Büttner, Petr Bystron, Dietmar Friedhoff, Mariana Iris Harder-Kühnel, Waldemar Herdt, Andreas Mrosek, Tobias Matthias Peterka und der Fraktion der AfD

Passgenaue Unterstützung in der Corona-Krise für Menschen mit Behinderungen und Mitarbeiter in der Behindertenhilfe einführen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Das tägliche Leben unter Corona-Bedingungen stellt gerade Menschen mit Behinderungen vor eine besondere Herausforderung.

Während der Corona-Krise waren Werk- und Tagesstätten für Menschen mit Behinderungen geschlossen. Für die Menschen mit Behinderungen bedeutete dieser Umstand, dass sie nicht, wie sonst üblich, in den Werkstätten oder in der Tageseinrichtung arbeiten oder, je nach Grad der Behinderung, Therapiemöglichkeiten nutzen konnten.

Der Alltag von Menschen mit Behinderungen fand durch die Einschränkungen bedingt durch die Corona-Pandemie hauptsächlich zu Hause oder in ihren Wohnheimen statt. Betreuer, Therapeuten, Pflegekräfte und Eltern standen dadurch vor einer enormen Belastung und dies von heute auf morgen.

Für psychisch kranke und auch kognitiv Beeinträchtigte ist es zum Beispiel schwer, „sozialen Abstand“ zu halten. Wenn zu Betroffenen, die auf tägliche Pflege angewiesen sind, der Pflegedienst oder die dringend benötigte Therapeutin über einen bestimmten Zeitraum nicht kommt, dann kann dieser Umstand katastrophale Folgen nach sich ziehen.

Eltern von Menschen mit Behinderungen unterschiedlichen Alters, Grades der Behinderung und unterschiedlichen Betreuungsumfang, sind und waren in dieser Zeit noch viel mehr belastet und verunsichert.

Gerade für Eltern mit mehrfach behinderten Kindern, die sich in den vergangenen Monaten 24 Stunden am Tag ohne Pause und oft ohne jegliche Unterstützung kümmern mussten, war diese Zeit eine „außerordentliche Herausforderung.“

Menschen mit Behinderungen fanden in der Corona-Krise keine ausreichende Berücksichtigung.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

einen Gesetzentwurf vorzulegen, der Menschen mit Behinderungen und die in der Behindertenhilfe tätigen Menschen passgenau unterstützt und dazu folgende Maßnahmen vorsieht:

1. Rückwirkende und einmalige Zuwendung für Menschen mit Behinderungen in Höhe des Verdienstausfalls während geschlossener Behindertenwerkstätten.
2. Sicherstellung, dass Dienste und Einrichtungen mit ausreichend Schutzkleidung, Masken und Desinfektionsmitteln versorgt werden.
3. Für Menschen mit Behinderungen unterschiedlichen Alters, Grades und unterschiedlichen Betreuungsumfang, die aufgrund der Corona-Krise vorübergehend und auch gegenwärtig nicht wieder in ihre Einrichtungen zurückkehren können, soll ein vereinfachter, zeitlich befristeter Zugang zum Assistenzbedarf eröffnet werden; die Finanzierung könnte über einen steuerfinanzierten Notlagenfonds erfolgen.

Berlin, den 30.Juni2020

Dr. Alice Weidel, Dr. Alexander Gauland und Fraktion

Begründung

Mit dem Entschließungsantrag 19/18144 zur dritten Beratung des Gesetzes für den erleichterten Zugang zu sozialer Sicherung und zum Einsatz und zur Absicherung sozialer Dienstleister aufgrund des Coronavirus SARS-CoV-2 hatte die AfD-Fraktion bereits ein umfassendes Maßnahmenpaket für Menschen mit Behinderung gefordert.¹

Die Forderungen aus dem Entschließungsantrag beinhalteten unter anderem, die Fortzahlung von Lohn- und Gehaltszahlungen während der Schließung von Werkstätten sicherzustellen. Durch die Schließung von Werkstätten für Menschen mit Behinderung² verloren die Betroffenen nicht nur ihren kompletten Tagesablauf, sondern auch das zusätzliche Geld, da die Werkstätten schließen mussten.³

Der Entschließungsantrag mit der Drucksache 19/18144 sollte verlässliche Rahmenbedingungen in allen Bereichen für Menschen mit Behinderungen, Betreuern, Pflegepersonal und allen anderen Erbringern (Therapeuten) herstellen und insbesondere dafür sorgen, dass das Unterstützungssystem aufrechterhalten werden kann.⁴

Zu den weiteren Forderungen im Antrag aus März 2020 gehörte auch, die Sicherstellung von Schutzkleidung und Desinfektionsmitteln.⁵ Dieses Problem scheint immer noch nicht gänzlich gelöst worden zu sein. Noch immer verfügt man in einzelnen Einrichtungen nicht über ausreichend Material. Dieser Zustand sollte gerade mit Hinblick auf die weiteren Lockerungen dringend behoben werden.⁶ Wie bereits im März festgestellt, befinden sich unter den Menschen mit Behinderung oder psychischen Erkrankungen eine nicht geringe Anzahl von Menschen mit bestimmten Vorerkrankungen, einem geschwächten Immunsystem oder besonderen Bedarfen.⁷ Es ist daher nicht hinnehmbar, dass wir Lockerungen vornehmen, aber Institutionen der Behindertenhilfe immer noch nicht über ausreichend Schutzkleidung und Desinfektionsmittel verfügen.

Ein weiteres Problem ist, dass Menschen mit Behinderung unterschiedlichen Alters, Grades und Betreuungsumfanges, die aufgrund der Corona bedingten Situation durch die Schließungen von Werkstätten, Förderschulen und anderen Einrichtungen nicht in ihren üblichen Alltag zurückkehren können und somit immer noch zu Hause von ihren Eltern betreut werden, zu den Verlierern der Krise gehören könnten.⁸ Damit Eltern von Menschen mit Behinderung in dieser Zeit nicht alleine gelassen werden, ist es dringend geboten, dass bedarfsgerechte und passgenaue, vor allem aber unbürokratische Assistenzhilfen beantragt werden können.⁹ Diese Finanzierung kann aus Steuermitteln durch einen Notlagefonds erfolgen.

¹ vgl. Bundestagsdrucksache 19/18144

² www.baden-wuerttemberg.de/de/service/aktuelle-infos-zu-corona/verordnung-zur-einschraenkung-des-betriebs-von-werkstaetten-fuer-menschen-mit-behinderungen/; <https://www.xn--werkstatttrte-deutschland-zbc.de/neuigkeiten/2020-03/corona-schliessung-von-werkstaetten>

³ vgl. Bundestagsdrucksache 19/18144

⁴ www.lebenshilfe-nrw.de/de/aktuelles/meldungen/Umgang-mit-Corona-Virus-droht-Versorgung-von-Menschen-mit-Behinderung-langfristig-zu-schaedigen.php?listLink=1

⁵ vgl. Bundestagsdrucksache 19/18144

⁶ www.braunschweiger-zeitung.de/niedersachsen/article229233698/Jugend-und-Behindertenhilfe-mangelt-es-an-Schutzkleidung.html

⁷ vgl. Bundestagsdrucksache 19/1844

⁸ www.gea.de/reutlingen_artikel,-liga-fordert-notlagenfonds-für-menschen-mit-behinderungen-_arid,6286551.html

⁹ vgl. www.sueddeutsche.de/muenchen/coronavirus-muenchen-betreuung-behinderung-kinder-1.4878488, www.infranken.de/lk/gem/hilfen-sind-wichtiger-denn-je-art-5016159, www.rtl.de/cms/kinder-mit-behinderung-die-verlierer-der-corona-krise-4555101.html, https://www.gea.de/reutlingen_artikel,-liga-fordert-notlagenfonds-für-menschen-mit-behinderungen-_arid,6286551.html

